



LPK

Abgeordnetenhaus BERLIN



**TIROLER
LANDTAG**

**Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten
der deutschen und österreichischen Landesparlamente
und des Südtiroler Landtages sowie des Deutschen Bundestages
und des deutschen und österreichischen Bundesrates
unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens**

Brüsseler Erklärung

**„Stärkung der Teilhabe am demokratischen Leben und Förderung der
Europabildung von Kindern und Jugendlichen“**

Erklärung der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen und österreichischen Landesparlamente und des Südtiroler Landtags unter Beteiligung des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens anlässlich der Europa-Konferenz am 21. Januar 2024 in Brüssel

- 1) Junge Menschen sind entscheidende Akteure bei der Gestaltung unserer heutigen Gesellschaft sowie der Zukunft. Die junge Generation wächst in einer Zeit mit globalen Herausforderungen und multiplen Krisen auf. Dazu gehören die COVID-19-Pandemie, der Klimawandel, die Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und die Auswirkungen des sich zuspitzenden Nahostkonflikts nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel.

Stärkung der demokratischen Teilhabe von jungen Menschen auf allen Ebenen

- 2) Kindheit und Jugend sind prägende Lebensabschnitte, die im Fokus von Politik und Gesellschaft stehen sollten. Die Präsidentinnen und Präsidenten unterstützen im Besonderen, dass die Stärkung der demokratischen Partizipation und die Demokratiebildung Schwerpunkte der EU-Kinderrechtsstrategie und der EU-Jugendstrategie bilden. Sie begrüßen ausdrücklich, dass beide Strategien anerkennen, welche wertvolle Beiträge die lokale und regionale Ebene zu diesen Zielen leistet. Junge Menschen machen dort prägende Erfahrungen mit der demokratischen Teilhabe. Die Präsidentinnen und Präsidenten sprechen sich daher für die stärkere Einbeziehung von Regionalparlamenten in europäische Strategien, Maßnahmen und Projekte im Bereich der Kinder- und Jugendpolitik und deren praktische Umsetzung vor Ort aus.
- 3) Zur Umsetzung der Strategieziele, es Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen, aktive Mitglieder der demokratischen Gesellschaft zu sein, leisten die Regionalparlamente einen konkreten Beitrag. Sie fördern die Demokratiebildung und stärken die Beteiligung junger Menschen am politischen Geschehen. Als zentrale Lernorte für Demokratiebildung bieten sie Besuchsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche an und führen beispielsweise Politik-Planspiele, Jugendparlamente, Wahlsimulationen, Schülerwettbewerbe, (Online)-Seminare sowie Debattenwettbewerbe durch. Neben dem Erlernen und Erfahren der Funktionsweise von Parlamenten und der Wahlvorbereitung liegt der Fokus auf dem Erwerb wichtiger demokratischer Fähigkeiten. Dies kann etwa durch speziell für Kinder und Jugendliche entworfene Publikationen unterstützt werden. Einige Regionalparlamente bieten zudem digitale Bildungsangebote für junge Menschen an, wie spezielle Webseiten zur

Parlamentsarbeit und Social-Media-Aktivitäten. Niedrigschwellige Angebote machen die Regionalparlamente als Herzkammern der Demokratie und offene Institutionen auf diese Weise erlebbar. Auch die aufsuchende politische Bildungsarbeit ist für Regionalparlamente wichtig. Darüber hinaus bieten sie verschiedene Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung auf Landesebene an. Ihre Meinungen und Anliegen können junge Menschen in direkten Gesprächen mit Abgeordneten einbringen.

- 4) Jungen Menschen kommt bei der Diskussion um die Zukunft und Gegenwart Europas eine Schlüsselrolle zu. Deswegen begrüßen die Präsidentinnen und Präsidenten, dass junge Menschen umfangreich bei der Konferenz zur Zukunft Europas beteiligt wurden. Die im Zuge des Europäischen Jahres der Jugend 2022 gewonnenen Erfahrungen sollen genutzt und es soll auf ihnen aufgebaut werden. Regionalparlamente ermöglichen jungen Menschen, an der Gestaltung Europas mitzuwirken und setzen sich im Mehrebenensystem der europäischen Politik gezielt dafür ein. Einige Regionalparlamente führen europäisch-partizipatorische Veranstaltungen durch. Dazu gehören die aktive Begleitung von grenzübergreifenden Parlamentarierkonferenzen durch Jugendliche, die Organisation von multinationalen Jugendveranstaltungen und die Unterstützung des Jugenddelegiertenformats beim Kongress der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE).
- 5) Der Selbstorganisation von jungen Menschen kommt eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung eines Demokratiebewusstseins und bei der Förderung der Kompetenzen für eine demokratische Kultur zu. Es sollte ihnen ermöglicht werden, möglichst jung Erfahrungen mit demokratischen Prozessen, Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung zu machen.
- 6) Die Präsidentinnen und Präsidenten engagieren sich für eine durchgängige Berücksichtigung von Kinder- und Jugendbelangen in allen Politikbereichen. Sie setzen sich für eine aktive und bedeutsame Teilhabe junger Menschen an politischen Entscheidungen auf lokaler und regionaler Ebene ein. In ihren Häusern unterstützen sie Formate, die einen persönlichen Austausch von jungen Menschen mit Abgeordneten ermöglichen.
- 7) Die Präsidentinnen und Präsidenten betonen den hohen Wert demokratischer Bildung und von Demokratiekompetenzen. Parlamentsaktivitäten im Bereich der Demokratiebildung für Kinder und Jugendliche sollen fortentwickelt und gegebenenfalls verstärkt werden. Dabei soll darauf geachtet werden, wie junge Menschen aus benachteiligten sozialen Verhältnissen besser einbezogen werden können. Wichtig sind auch gezielte Maßnahmen zur Mobilisierung der Erstwählerinnen und Erstwähler, wie etwa Wahlaufrufe zur Teilnahme an der bevorstehenden Europawahl.

Förderung der Europabildung von Kindern und Jugendlichen

- 8) Die Regionalparlamente sind als bürgernahe Institutionen Vermittler europäischer Politik, auch an junge Menschen. Sie übernehmen wichtige Aufgaben bei der Europabildung. Dies kann beispielsweise durch die Organisation von EU-Planspielen und Veranstaltungen zur europäischen Politik, die Unterstützung von Jugendaustausch- und Jugendbeteiligungsformaten in Europa sowie die Möglichkeit für junge Menschen, an Europa-Ausschusssitzungen teilzunehmen, erfolgen.
- 9) Zur Europabildung gehören nicht nur Kenntnisse über das Institutionengefüge und die politischen Prozesse der Europäischen Union, sondern auch europäische Begegnungen und Austausch Erfahrungen. Deshalb ist es zentral, grenzübergreifende Austauschmöglichkeiten zu fördern. Europa ist die Lebenswelt der jungen Menschen. Programme und Organisationen wie

Erasmus+, das Europäische Solidaritätskorps und die europäischen Jugendwerke spielen in diesem Rahmen eine wichtige Rolle. Dabei ist es wichtig, die Mobilitätsmaßnahmen inklusiv zu gestalten.

- 10) Maßnahmen der EU zur Förderung der Europabildung werden von den Regionalparlamenten ausdrücklich begrüßt. Diese sind im Einklang mit den EU-Verträgen und dem Subsidiaritätsprinzip auszugestalten. Europaorientierte Bildungsangebote werden dann von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen, wenn sie auf einer Ebene gestaltet werden, die der Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger am nächsten ist. Die Regionen spielen dabei eine wichtige Rolle in der passgenauen Umsetzung von Maßnahmen vor Ort.

Der Vorsitz der deutschen und österreichischen Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten übermittelt diese Erklärung an

- die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Frau Roberta Metsola,
- den Präsidenten des Europäischen Rates, Herrn Charles Michel,
- die Präsidentin der Europäischen Kommission, Frau Dr. Ursula von der Leyen,
- den EU-Kommissar für Haushalt und Verwaltung, Herrn Dr. Johannes Hahn,
- die EU-Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend, Frau Iliana Ivanova,
- den Präsidenten des Ausschusses der Regionen (AdR), Herrn Vasco Alves Cordeiro,
- den Präsidenten des Kongresses der Gemeinden und Regionen des Europarates, Herrn Marc Cools,
- den Präsidenten der Konferenz der regionalen gesetzgebenden Versammlungen in der Europäischen Union (CALRE), Herrn José Manuel Rodrigues,
- die nationalen und regionalen Regierungen und die nationalen Parlamente in Deutschland und Österreich, die Südtiroler Landesregierung und die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens.